

BESOLDUNG

Brandenburg reformiert Besoldungs- und Versorgungsrecht

Mit der Föderalismusreform war es den Bundesländern ab 2006 in die Hand gegeben, Besoldungs- und Versorgungsfragen für ihre Landesbeamten selbst zu regeln.

Fünf Jahre später haben wir genau das, was wir im Rahmen unseres damaligen Widerstandes gegen diese Föderalismusreform prophezeit haben – den Besoldungs- und Versorgungs-Flickenteppich.

Bund und Länder sowie die Länder untereinander sind zum Teil erheblich auseinandergedriftet.

Einen Flickenteppich stellt jedoch auch das Besoldungs- und Versorgungsrecht in Brandenburg dar. Bisher wurden seitens des Gesetzgebers nur punktuelle Veränderungen zum ansonsten weiter geltenden Bundesrecht vorgenommen. Genannt seien hier Besoldungs- und Versorgungsanpassungen im Zuge von Tarifabschlüssen, Sonderzahlungsgesetz (Weihnachtsgeld) sowie die Neuregelung des § 14 a Beamtenversorgungsgesetz (jetzt § 3; Gesetz über ergänzende Bestimmungen zu Beamtenversorgung im Land Brandenburg).

Nunmehr nimmt die Landesregierung – federführend durch das MdF – eine generelle Reform des Besoldungs- und Versorgungsrechts in Angriff. Hauptsächlich sollen jetzt der Rechts-Flickenteppich beseitigt und Besoldung und Versorgung in Gänze durch Landesrecht geregelt werden. Hierfür hat das Finanzministerium Eckpunkte erarbeitet und bereits Grundzüge des neuen Rechts vorgestellt.

Besoldungsrecht

1. Eckpunkt – bereits benannt – umfassende landesrechtliche Regelung.
2. Eckpunkt – Modernisierung des Familienzuschlags; Familien mit Kindern werden bessergestellt; der Verheiratenzuschlag wird zum Teil generell als Sockel in die Besoldung (aller) eingebaut, der andere Teil wird Schritt für Schritt abgebaut.

3. Eckpunkt – nach Wegfall der Einstufung nach Lebensalter wird nun ebenfalls die Einstufung nach dem Besoldungsdienstalter in der Form geändert, dass nunmehr nach Erfahrungsgewinn (Erfahrungszeiten) eingestuft wird. Das bisherige Besoldungsniveau soll dabei gesichert bleiben.

4. Eckpunkt – Zahlung einer Ausgleichszulage an Beamte anderer Dienstherren, die dort bisher eine höhere Besoldung erhielten (die Regel!), um ihnen einen Wechsel nach Brandenburg schmackhaft zu machen.

5. Eckpunkt – Abbau von Normen und Standards; Straffung und Streichung von Zulagenregelungen.

6. Eckpunkt – Erhalt der einheitlichen Struktur der Besoldung der Beamten und der Richter.

Versorgungsrecht

1. Eckpunkt – hier werden die Rahmenbedingungen aufgeführt.

2. Eckpunkt – Hinweis auf bisher erfolgte Änderungen (Ersetzung Bundesrecht durch Landesrecht).

3. Eckpunkt – Schaffung von Transparenz durch Vollregelung.

4. Eckpunkt – Bewährte Grundsätze des Beamtenrechts sollen beibehalten werden; z. B. weitere Orientierung an der Besoldung der Beamten im aktiven Dienst.

5. Eckpunkt – Streichung europarechtswidriger und komplizierter Quotierungsregelungen; z. B. von Ausbildungs- und längeren Freistellungszeiten.

6. Eckpunkt – Vereinfachung von familienbezogenen Leistungen.

7. Eckpunkt – Verminderte Berücksichtigung von Hochschulausbildungszeiten

8. Eckpunkt – Neuregelung der Versorgungslastenteilung bei Dienstherrenwechsel.

9. Eckpunkt – Fortsetzung von Versorgungsrücklage und Versorgungsfonds.

10. Eckpunkt – Absenkung des Versorgungsniveaus wird fortgesetzt; für Bestandspensionäre weitere Absenkung in Stufen; für „Neuzugänge“ sofortige Absenkung auf den Endsatz.

11. Eckpunkt – Aufzählung weiterer kleinerer Änderungen und punktueller Korrekturen.

Die Eckpunkte haben wir hier nur verkürzt und zusammengefasst wiedergegeben.

Generell soll die Reform des Besoldungs- und Versorgungsrechts „kostenneutral“ erfolgen. Das Land zahlt in Summe also nicht mehr und am Ende auch nicht viel weniger. Ja tatsächlich, es wurde uns gegenüber eingeräumt, dass es zu minimalen Einsparungen kommen wird.

Wie geht es nun weiter?

Mittlerweile sollte die Ressortabstimmung (Gesetzesentwürfe werden den Ministerien zur Stellungnahme zugeleitet) laufen. Die Gewerkschaft der Polizei ist über die Spitzenorganisation DGB auf Grundlage des § 130 Landesbeamtengesetz mitbeteiligt. Wir können also unsere Stellungnahmen abgeben. Nun gut; das ist die eine Möglichkeit.

Unabhängig davon werden wir diesen Reformprozess äußerst kritisch begleiten und da – wo möglich – bereits vorab ansetzen, um zum einen Verbesserungen einzufordern und Verschlechterungen ggf. abzuwehren. Wichtig wird für uns sein, darauf zu achten, dass der angestrebte Gleichklang mit dem Bund und den anderen Ländern auch wirklich hergestellt wird. Brandenburg liegt bekanntermaßen im Bundesvergleich an vorletzter Stelle, was die Besoldung und Versorgung der Beamten angeht.

Sicher stellt diese Reform nicht den „ganz großen Wurf“ im Hinblick Modernisierung von Besoldungs- und Versor-

Fortsetzung auf Seite 2

BESOLDUNG

Fortsetzung von Seite 1

gungsrecht dar. Wir werden die Ergebnisse, Vorschläge und Forderungen aus unserer Strategiekonferenz vom Novem-

ber 2007, in deren Folge wir auch umfassende Vorschläge zur Neugestaltung von Besoldung und Versorgung erarbeiteten, in diese Umgestaltung mit einbringen. Wir werden über dieses wichtige Thema

– und damit Schwerpunkt unserer weiteren gewerkschaftlichen Arbeit – weiterhin informieren.

Michael Peckmann

AKTUELLES

Was sonst so passierte ...

Unter dieser Überschrift informiert unser Gewerkschaftssekretär Michael Peckmann in Form eines „Tagebuches“ auszugsweise aus der Arbeit der GdP-Zentrale in Potsdam.

März 2011**2. März 2011**

Gespräch mit Innenminister Woidke zur Polizeistrukturreform und Umsetzung unserer Volksinitiative.

3. März 2011

Am Vormittag werden den Gewerkschaften durch Vertreter des Finanzministeriums geplante Reformen des Besoldungs- und Versorgungsrechts in Brandenburg vorgestellt. Anschließend findet eine Anhörung der Vertreter unserer Volksinitiative im Innenausschuss statt.

Thema dort ist auch das Einführen einer gesetzlichen Kennzeichnungspflicht (Namensschilder) für Polizeivollzugsbeamte. Im Vorfeld führen wir vor dem Landtag eine Aktion durch, um den Abgeordneten unsere Forderungen nahezubringen.

7. März 2011

Ein Vertreter von Philips stellt uns digitale Diktiergeräte vor. Wir werden sie testen. Ansonsten steht dieser Tag ganz im Zeichen der Vorbereitung unserer Großdemo am Folgetag.

8. März 2011

Ab 13 Uhr sind wir am Treffpunkt und Kundgebungsplatz unserer Demo vor Ort, um Versorgung, Aufstellung Dixis und unseres eigenen Standes zu organisieren. Gegen 15 Uhr reisen die ersten der insgesamt ca. 12 000 Teilnehmer an. Ein machtvoller Demonstrationzug legt die gesamte Potsdamer Innenstadt lahm und füllt den Kundgebungsplatz bis zum Rand. Zum Ende gelang es dem fünften Redner, Frank Bsirske, mit seinem 25-Minuten-Beitrag den Platz fast leerzupredigen. Insgesamt war es eine äußerst beeindruckende und wirkungsvolle Demonstration im Vorfeld des Tarifabschlusses 2011.

9. März 2011

Vor dem OVG Berlin-Brandenburg wird ein bereits elf Jahre laufendes Disziplinarverfahren verhandelt. Da die Sitzung nicht öffentlich ist, warten wir auf die Information der Disziplinarverteidiger. Das OVG hob die verhängte Maßnahme des Verwaltungsgerichts (Disziplinkammer) Potsdam auf und stellte das Disziplinarverfahren ein. Ein positiver Abschluss für den Betroffenen nach elf Jahren Dienstenthebung mit Verzweiflung, Ohnmacht, Sorgen und Ängsten ...

15. März 2011

Termin vor der Disziplinkammer. Der Vorwurf gegen den betroffenen Beamten wog so schwer, dass das Gericht auf Entfernung aus dem Beamtenverhältnis erkannte.

16. März 2011

Am Nachmittag findet eine Beratung beim DGB-Rechtsschutz in Potsdam statt. Dort wird die neue Struktur der Rechtsvertretung in den DGB-Regionen in Brandenburg vorgestellt.

18. März 2011

Termin bei Rechtsanwältin Frau Mock. Sie übernimmt das Verfahren vor dem OVG (Antrag auf Zulassung der Berufung) Zulage § 46 Bundesbesoldungsgesetz für die – dauerhafte – Ausübung einer höherwertigen Funktion.

24. März 2011

Die Regierungsfractionen laden die Gewerkschaften in der Polizei zu einem Gespräch ein. Thema: Kennzeichnungspflicht für Polizeivollzugsbeamte. Wir verdeutlichen wiederholt, dass wir eine Neuregelung der Kennzeichnungspflicht strikt ablehnen.

25. März 2011

Finanz- und Innenminister laden zu einem Informationsgespräch zu den Forderungen der Gewerkschaften zur Beamtenbesoldung ein. Das sind für die GdP die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses 2011, Zahlung von Weihnachtsgeld für 2010 und in den Folgejahren sowie der Ausgleich der (fehlenden) 1,4 Prozent aus der Tarifrunde 2006. Es wird der Beginn von Verhandlungen dazu vereinbart.

30. März 2011

Beratung mit dem GdP-Landesbezirk Berlin und dem Bezirk Bundespolizei zu den laufenden Verfahren Pensionsberechnung beim Zusammentreffen von Rente und Pension. Wieder im Büro erwartet mich eine nächste rechtliche Angelegenheit; die Umsetzung der von Innenminister Woidke avisierten erneuten Stasi-Überprüfung von Führungskräften. Wir erarbeiten eine rechtliche Bewertung der ministeriellen Neudefinition von „Behördenleiter“ im Zusammenhang mit den Maßgaben des Stasiunterlagengesetzes.

Michael Peckmann



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Brandenburg**

Geschäftsstelle:
Rudolf-Breitscheid-Straße 64
14482 Potsdam
Telefon (03 31) 7 47 32-0
Telefax (03 31) 7 47 32-99

Redaktion:
Frank Schneider (Vi.S.d.P.)
Rudolf-Breitscheid-Straße 64
14482 Potsdam
Telefon (03 31) 8 66 20 40
Telefax (03 31) 8 66 20 46
E-Mail: PHPRMI@AOL.com

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-278X



Top-Angebote für GdP- Mitglieder PKW-Neuwagen zu GdP-Vorzugspreisen



**GdP-Mitglieder erhalten
"ohne Wenn und Aber"
Hauspreise, die weit unter
den so genannten
Listenpreisen liegen.**



Geld sparen - mit den Angeboten der
GdP PolSERVICE GmbH



Katalogreisen
Sonderreisen
Ferienlager
Autokauf

Infos, Buchungen, Bezugsscheine, Vertragsunterlagen bei GdP PolSERVICE GmbH
03 31 / 74 73 20 Internet: www.gdp-brandenburg.de



2. Landesseniorenfahrt

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, in der Zeit vom 29. August bis zum 2. September 2011 wird die 2. Landesseniorenfahrt stattfinden.

Diesmal wird es in das schöne Saarland gehen, wo wir dann fünf Tage/vier Nächte verweilen werden.

Unser Hotel ist das „Bostal-Hotel Merker“, welches Ihr im Bild bereits begutachten könnt.



Für die Fahrt stehen uns Doppelzimmer zum Preis von 325,- Euro und Einzelzimmer zum Preis von 350,- Euro (je-

weils pro Person) zur Verfügung. In diesem Preis sind enthalten:

- Fahrt mit einem 3-Sterne-Bus, der uns die ganze Zeit zur Verfügung steht,
- Halbpension während der Zeit des Aufenthaltes,
- Rittermahl mit Weinprobe in der „Alten Burg Longuich“,
- Stadtbesichtigung Trier,
- Stadtführung Völklingen,
- Fahrt nach Luxemburg (Möglichkeit zum Shoppen und/oder Bummeln).

Für weitere Überraschungen wird gesorgt ...

Der Abfahrtsort des Busses wird Potsdam sein, wobei bei Bedarf und Möglichkeit auch andere Haltepunkte angefahren werden können. Die dazu notwendigen Zeiten werden dann zeitnah mitgeteilt. Da hier insgesamt begrenzte Plätze vorhanden sind, geht es nach dem Motto „Wer zuerst kommt ...“.

Also dann die Anmeldeformulare ausfüllen – erhältlich bei den Kreisgruppen oder im Internet unter www.gdp-brandenburg.de – und ab zur GdP-Geschäftsstelle.



denburg.de – und ab zur GdP-Geschäftsstelle.

Sigrid Graedtko
Vorsitzende Landesseniorengruppe

MEINUNG

Wer's glaubt, ...

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nachdem ich den Artikel des Kollegen gelesen habe (DP 4, Seite 4), der vermutlich an einer äußerst wichtigen DGL-Beratung teilgenommen zu haben schien, möchte ich euch allen Ernstes mal die Frage stellen, wer an diesen Reformblödsinn eigentlich noch glaubt?

Ohne ein Studium der Rechtswissenschaften, ein Studium in Hilstrup, noch einen Aufstiegslehrgang in den g. D. genossen zu haben, muss ich leider in meiner beschränkten, nicht ganz so weltmännischen brandenburgischen Provinzart erkennen ... Man, werden wir hier vera !!!

Und das Schlimme ist, nicht nur der einfache Polizeibeamte, sondern die ganze Bevölkerung (zu welcher ich mich und meine Familie auch zähle).

Wie kommt denn diese Reformtruppe eigentlich auf ihre Zahlen? Glaubte man denn wirklich noch an die PKS oder an den beschworenen demographischen Wandel, um den Abbau von 1900 Stellen zu begründen?

Ich glaube, die eigenen Halbwahrheiten und Schönfärbereien wurden solange hergebetet, bis man sie selber nicht mehr als Lüge erkannte oder erkennen wollte.

Besonders schlimm ist jedoch der Glaube an die eigene Unfehlbarkeit und die grenzenlose Arroganz, mit der Tatsachen über die erheblich gestiegene Kriminalität nach Öffnung der Grenzen, die immer schlimmer werdende Verrohung in der Bevölkerung einfach ignoriert werden.

Nur bezeichnen darf man weder Ross noch Reiter, da kann es passieren, dass man ganz schnell in irgendwelche Ecken

gestellt wird und in dieser Polizei keinen Horizont mehr sehen wird (d. R. „ich bin doch nicht bescheuert“). Alles andere ist gesagt ... und bedarf keiner Worte mehr.

Schaut mal genau hin, wir stehen jetzt wieder bald da, wo wir 1990 einen Neustart in eine bessere Zukunft gewagt haben.

Name der Redaktion bekannt ... und das meine ich damit ...



Den Finger in die Wunde

Am 10. 2. 2011 ereignete sich eine Kindesentführung in Kleinmachnow. Zu diesem Großeinsatz waren zeitweise 500 Polizeibeamte im Einsatz. Glücklicherweise konnte der Entführer noch am selben Tag gestellt werden. In der Presse und Öffentlichkeit wurde dieser Fall so dargestellt, dass die Zusammenarbeit reibungslos funktionierte. Insider wissen aber, dass die Polizei des Landes BB solche kräfteintensiven Lagen in Zukunft nicht mehr lange durchhalten wird. Angesichts der Reform und des einhergehenden Stellenabbaus kann man bei solchen Lagen nur hoffen, dass diese nicht länger als zwei Tage andauern. Hoffentlich wissen die Straftäter das und richten sich danach.

Es ist Ende März und langsam sickern schon die ersten Gerüchte zur künftigen Struktur der Polizei des Landes BB durch.

Dabei werden alle Bereiche Federn lassen müssen. Wie man heraushört, wird es insbesondere die Kriminalpolizei, aber auch die Verkehrsdienste und Hundeführer treffen.

Somit ist die Polizei des Landes BB auf einem guten Weg, sich vom § 1 des Polizeigesetzes zu verabschieden. Die vorbeugende Bekämpfung von Straftaten wird nicht mehr das Primat der polizeilichen Arbeit haben. Wer zukünftig sein Hauptaugenmerk auf die ZENTRAB legt und Kriminalbereichsbereiche bis auf die Hälfte der derzeitigen Stellen zusammenstreicht, ist nicht mehr Willens, Straftaten zu verhüten und umfassend aufzuklären, sondern nur noch zu verwalten.

Vor kurzem fanden Wahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz statt. Bestimmt wurden die Wahlthemen insbesondere durch die augenblickliche Lage in der Welt, wie die schrecklichen Ereignisse in Japan und Libyen. Dabei standen die Energie- und Umweltpolitik, aber auch Wirtschaftspolitik und soziale Sicherheit im Fokus der Wähler. Die innere Sicherheit war kein Thema mehr.

Es liegt nunmehr an uns, dies im Land BB wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Dabei wird hier nicht zum „Ungehorsam“ aufgerufen. Das verbietet sich. Und es wird auch nicht notwendig sein. Denn die Landesregierung hat sich selbst zum Totengräber der inneren Sicherheit ausgerufen. Die massiven Einschnitte in der personellen Ausstattung werden selbst dafür sorgen, dass der Bürger erkennen wird, dass irgendetwas nicht stimmt. Diese Veränderungen in unserer Arbeit werden

jedoch nicht sofort ersichtlich sein. Es ist ein schleicher Prozess, der oftmals ohnmächtig durch die Mitarbeiter zur Kenntnis und hingenommen wird. Das lehrt uns die letzte Reform von 2002 mit ihrem einhergehenden Abbau von ca. 1700 Stellen bis heute. Steigende Zahlen in der Krankenstatistik, allmählich ansteigende Interventionszeiten, Lagebewältigungen mit ungenügendem Kräfteansatz, Vernachlässigung von Kleinkriminalität, die immer häufigere Anwendung von Anhörbögen statt Durchführung von Vernehmungen und einhergehende Unzufriedenheit der Staatsanwaltschaft mit der Qualität der Ermittlungen sind nur einige Indikatoren des (jetzt schon) schlechten Zustands der Polizei des Landes BB. Vom Stimmungsbild mal ganz abgesehen.

Wie gesagt, es liegt künftig an uns. Der Mensch (Wähler) hat die Eigenschaft, schnell zu vergessen. Wir müssen demzufolge dafür sorgen, dass er nicht vergisst. Dass er nicht vergisst, welchen Wahlbetrug die Parteien Die LINKE und die SPD begangen hat. Dass nicht vergessen wird, dass man versprochen hat, die Reform mit einer gründlichen Aufgabenkritik einzuleiten. Dass man den Wähler, insbesondere im Osten des Landes, weismachen wollte, dass mit Öffnung der Grenzen kein spürbarer Anstieg der Kriminalität zu verzeichnen sein wird.

Kenzeichen politischer Aussagen sind Teilwahrheiten. Das hat Erhard Eppler in seiner Schrift „Privatisierung der politischen Moral“ festgestellt. Demnach sucht der Politiker gar nicht die ganze Wahrheit, er begründet seine Wertungen und Entscheidungen und hält sich dabei an den Teil der Wahrheit, der sich dafür anbietet. Und so scheint es auch jedes Mal mit den Aussagen des Innenministers zur Arbeit der Polizei und Sicherheit zu sein. Sie erfolgen in der Regel im Zusammenhang mit der offiziellen Bekanntgabe der alljährlichen Polizeilichen Kriminal- und Verkehrsunfallstatistik. Dies lässt den Schluss zu, dass die Bewertungen auf die Elemente der Statistiken bezogen werden, die sich für eine gute Botschaft anbieten und politisch dienlich sind.

Die GdP wird dabei zukünftig mehr denn je in die Rolle versetzt sein, diese guten Botschaften genau unter die Lupe zu nehmen und zu analysieren. Das kann aber ein Andreas Schuster oder der Landesvorstand nicht alleine. Deshalb heißt es, noch enger zusammenzurücken und

sich gegenseitig mit Informationen zu versorgen. Nicht alles wird im Ergebnis der Reform schlecht und nicht alle Misserfolge werden der Reform anzurechnen sein. Aber Probleme und Tendenzen, die auf den Stellenabbau und auf die Organisation zurückzuführen sind, sind künftig gnadenlos zu benennen. Dabei kommen auf die Fachgruppen, die Kreisgruppen und Vertrauensleute viel Arbeit zu. Sie müssen mehr denn je das „Ohr an der Masse“ haben, um den tatsächlichen Zustand der Polizei und deren Bediensteter analysieren zu können. Sie müssen, zusammen mit den neu zu wählenden Personalräten, den Finger in die Wunde legen, und zwar solange, bis es der verantwortlichen Politik weh tut.

Dann werden auch Teilwahrheiten als Lüge entlarvt und unglaubwürdig werden.

Verfasser der Redaktion bekannt

IN EIGENER SACHE

Tarifabschluss – Beitragsanpassung

Wir haben auch mit unserer machtvollen Demonstration am 8. März 2011 in Potsdam einen Tarifabschluss erreicht. Das Ergebnis ist kein Grund zur Euphorie, aber alles in allem akzeptabel.

Auf Grundlage der zum 1. April 2011 erfolgenden linearen Anhebung der Gehälter der Tarifbeschäftigten um 1,5%, passen wir den GdP-Beitrag ebenfalls um 1,5% zum 1. April 2011 an. Diese Anpassung erfolgt vorerst lediglich für die Tarifbeschäftigten, da die Übernahme dieses Ergebnisses für die Beamten noch nicht verbindlich feststeht. Hierzu sind wir in Verhandlungen mit dem MdF. Die Gewerkschaft der Polizei setzt sich vehement für die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme dieses Tarifabschlusses auch für die Beamten ein. Im Januar 2012 wird dann der GdP-Beitrag für die Tarifbeschäftigten und – soweit dann umgesetzt – auch für die Beamten in Höhe von 1,9% zzgl. eines Cent-Betrages für die Sockelzahlung (17 €) erneut angepasst.

Euer GdP-Team



Wir bauen auf und reißen nieder ...

WIR SPRECHEN UNS KLAR AUS FÜR

– einen angepassten Stab (Grundsatz, Personal und Haushalt/Logistik) bei der Fachdirektion LKA,

Nur so kann sichergestellt werden, dass strategische Grundsatzentscheidungen, Maßnahmen zur Personalentwicklung und -förderung sowie haushalterische Erfordernisse einen hohen Wirkungsgrad erzielen und sich für den einzelnen Mitarbeiter transparent und nachvollziehbar gestalten.

Der Anspruch an einen kooperativen Führungsstil beinhaltet soziale Nähe und das Recht des Einzelnen, nicht namenlos in der Administration zu verkümmern.

– die Dislozierung der Fachdirektion LKA,

Durch eine strategische Präsenz des LKA in der Fläche des Landes Brandenburg wird die Voraussetzung geschaffen, schnell und lageangepasst Straftaten in den Phänomenbereichen der Schweren Umwelt-, Schweren Wirtschafts- und Organisierten Kriminalität gezielt und wirkungsvoll zu bekämpfen. Ein Rückgriff auf kriminalpolizeiliche Ressourcen der Flächendirektionen wird somit weitestgehend vermieden. Ziehen sich die Spezialisten zur Bekämpfung der Schweren und Organisierten Kriminalität aus den brandenburgischen Ballungsgebieten, der Landeshauptstadt Potsdam und aus dem Nahbereich zur Großstadt Berlin zurück, werden sich unmerklich kriminelle Strukturen der Organisierten und Schweren Kriminalität in den frei geräumten Nischen festsetzen. Kapital und Verbrechen ziehen sich nun mal einander an!

– den Verbleib der Spezialeinheiten/Spezialkräfte bei der Fachdirektion LKA

Der Evaluierungsbericht zur Reform der Polizei als auch der Zwischenbericht des Projekts „Evaluierung der Krimi-

nalpolizei“ haben ein klares Votum – die Anbindung der Spezialeinheiten/Spezialkräfte (SE) am Landeskriminalamt war/ist fach- und sachgerecht. Und dass dies keine „Brandenburgische Idee“ ist, zeigt die Vielzahl der strukturellen Anbindung der Spezialeinheiten/Spezialkräfte bei den Landeskriminalämtern bundesweit.

Der SE-Erlass regelt die Einschreitschwelle der Spezialeinheiten bei der Bekämpfung von Schwer- und Organisierter Kriminalität, bei der Bekämpfung von Terrorismus und bei der Bewältigung von Besonderen Einsatzlagen (PDV) – überwiegend Aufgabenfelder der Fachdirektion LKA.

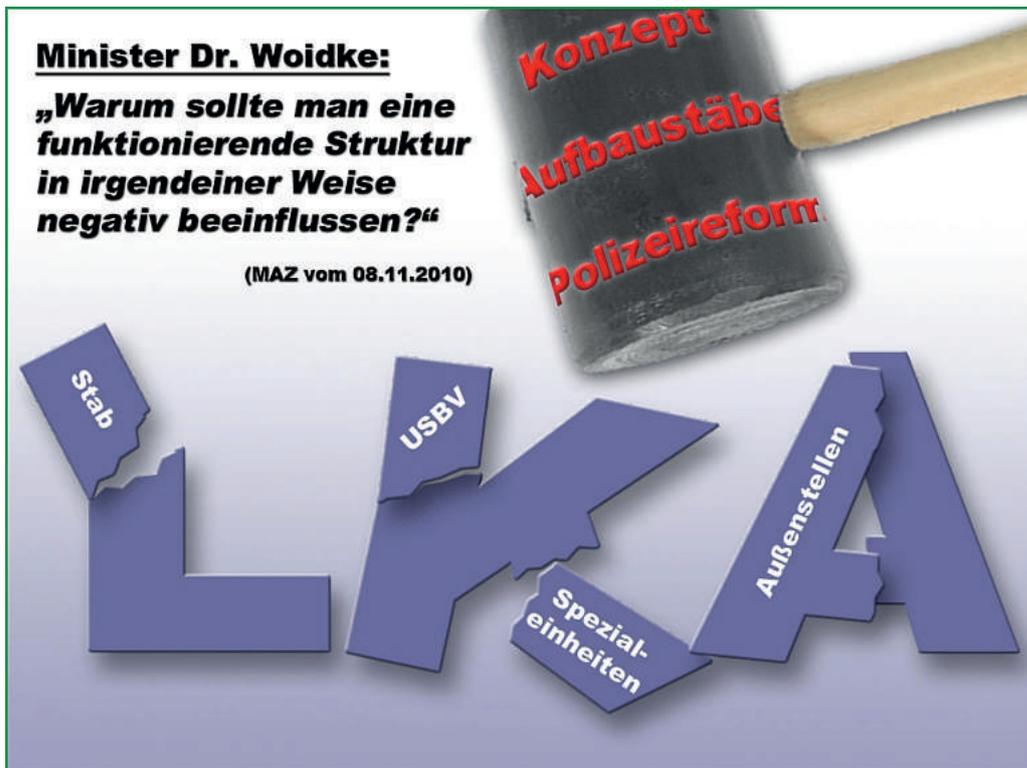
Will sich Brandenburg nicht bundesweit isolieren und hat auch weiterhin den Anspruch, unkompliziert auf eine notwendige und bewährte Kooperation zwischen den Spezialeinheiten der Landeskriminalämter sowie des BKA zurückgreifen, dann muss die geplante Anbindung der Spezialeinheiten an die Fachdirektion „Besondere Dienste“ neu überdacht werden.

– den Erhalt USBV an der Fachdirektion LKA aus.

Die mit der Inbetriebnahme des BBI begründete Anbindung des USBV an die Fachdirektion „Besondere Dienste“ mit Standort Potsdam/Eiche wirkt unter den Gesichtspunkten der damit verbundenen enormen Kosten, der nicht erheblich geringer ausfallenden Fahrstrecke und der Gefahr, dass hoch qualifiziertes Fachpersonal verlorengeht, mehr als fragwürdig. Zumal die dem USBV obliegenden Aufgaben am BBI auch durch eine Kooperation mit der Bundespolizei zu bewerkstelligen sein dürften.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass eine Verlagerung der USBV-Kräfte dazu führen wird, dass die bislang wahrgenommenen Zusatzaufgaben auf andere kriminaltechnisch tätige Bereiche übertragen werden müssen und dass diese somit sowohl im spurensichernden als auch im untersuchenden Gebiet erheblich stärker belastet werden. Im Ergebnis führt dies zwangsläufig zu einer Verlängerung der Bearbeitungszeiten kriminaltechnischer Untersuchungsaufträge.

GdP-Kreisgruppe Landeskriminalamt



KREISGRUPPE MOL

Wer schiebt die beste Kugel?

Unter diesem Motto lud die GdP-Kreisgruppe Märkisch-Oderland ihre Mitglieder zum 2. Bowlingturnier am 16. März ins Racket-Center in Strausberg ein. Im Anschluss an die Mitgliederversammlung der Kreisgruppe, auf der es um die aktuelle Gewerkschaftspolitik sowie die Vorbereitung der anstehenden Personalratswahlen ging, und nach einer kleinen Stärkung traten die Teilnehmer zum Bowlen an.

Nach zwei Stunden intensivem Kugelschieben (drei Spiele wurden gewertet) und lustigem Beisammensein standen die Sieger des Turniers fest.

Hier nun unsere Gewinner:

1. Platz Wolfgang Proske (475 Punkte)
2. Platz Stefan Grimm (469 Punkte)
3. Platz Raimond Röbbelen (435 Punkte)

Alle drei erhielten einen kleinen Preis für ihre Leistungen, mit dem wir viel Spaß wünschen. Wir hoffen, dass es allen gefallen hat und wir uns im nächsten Jahr wiedersehen.

Conny Schostag
KG MOL



... dann bowlen,



Erst tagen,



... und zum Schluss Siegerehrung

Bilder: C. Schostag



Beachvolleyballturnier

„Füße im Sand, Hände in der Luft.“

Das diesjährige Beachvolleyballturnier der Jungen Gruppe. Mit Unterstützung der KG LESE, KG FHPol und der Signal Iduna. Wir hoffen auf eine rege Beteiligung und natürlich super Wetter.



4. Beachvolleyballturnier der Jungen Gruppe der GdP

14.06.2011

Ort: EJB Werbelinsee
Zeit: 08:00 - 15:00 Uhr
Mixed- Teams (1M / 1W)

für alle GdP- Mitglieder

Anmeldung über eure Vertrauensleute oder
an A. Poitz LESE Tel. 07 - 228 - 197
oder per E- Mail

SIGNAL IDUNA 

